

Ist Liquid Democracy ein Beitrag zur Demokratisierung der Demokratie?

Pro: Christian Henkel

Contra: Dominik Hammer



Foto: privat

Christian Henkel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ökumenische und Interreligiöse Forschung der Universität Tübingen. Er arbeitet unter anderem zu Migrationspolitik, Lobbying und politischer Partizipation.



Foto: privat

Dominik Hammer ist Politikwissenschaftler und arbeitet derzeit als Assistent des Vorstandes der Katholischen Erwachsenenbildung Niedersachsen.

contra

pro

pro: „Digital ist besser“ titelten Tocotronic auf ihrem ersten Album. Ähnlich euphorisch klang später manche politische Berichterstatlerin, als die Piratenpartei begann, ihre Entscheidungsprozesse ins Netz zu verlagern. Es war nicht allein die Faszination fürs Digitale, die die Partei umtrieb: Alles sollte öffentlich, Entscheidungsprozesse transparent und Macht dezentralisiert werden. Man wollte den gewählten Repräsentantinnen keinen Blankoscheck für eine Legislaturperiode mehr ausstellen.

Die politische Realität allerdings gab den Piraten nicht Recht. Während man parteiintern Skeptiker von der Abstimmungssoftware *LiquidFeedback* überzeugen musste, fielen nach ersten Erfolgen die Wahlergebnisse spärlich aus und die mediale Euphorie schlug in Enttäuschung um. So ist das mit den Heilsversprechen, könnte die zynische Beobachterin einwenden, während sich die etablierten Parteien wieder dem Tagesgeschäft zuwenden.

Vielleicht liegt schon in den übersteigerten Erwartungen das Problem. Bei den Autoren von *LiquidFeedback* liest man, dass die Software Parteien bei einer verbindlichen Entscheidungsfindung unterstützen und ein zusätzlicher Kanal für die Bürgerbeteiligung sein möchte. Sie kann Themendiskussion und Stimmendelegation effektiv organisieren, ersetzt aber nicht den demokratischen Prozess im Gesamten und schon gar keine geheime Wahl.

Es geht bei der Diskussion um Liquid Democracy also nur am Rande um eine neue Software. Wer mit ehemaligen Vorstandsmitgliedern der Piratenpartei spricht, hört vielmehr von Ideen. Sie stehen bei der Frage, ob Liquid Democracy zur Demokratisierung der Demokratie beitragen kann, im Mittelpunkt:

Da ist zunächst die Faszination für das Netzwerk, in dem sich Menschen organisieren, um die Probleme einer immer komplexer werdenden Welt zu lösen. Dahinter steht die Überzeugung, dass jede etwas zur Problemlösung in einem bestimmten Bereich beitragen, sich zur Anwältin für ein bestimmtes Thema machen und in kleinem Rahmen Gesellschaft gestalten kann. Niemand soll gleich Berufspolitikerin werden, um sich wirksam zu engagieren, vielmehr verschwimmt die Grenze zwischen Bürgerin und Politikerin. Eine Software wie *LiquidFeedback* organisiert diesen Prozess, indem dort zeit- und ortsunabhängig Themen diskutiert, bearbeitet und abgestimmt werden können.

Ein zweiter Gedanke handelt vom Vertrauen. Weil nicht jede überall Expertin sein kann, setzt die liquide Demokratie auf die Delegation von Stimmen: Wem in einem Bereich die Zeit oder die Kompetenz fehlt, kann seine Stimme weiterreichen. Das setzt Vertrauen in einen anderen Menschen voraus. Die Basis dafür kann aber schwerlich durch eine Software geschaffen werden, sie entsteht erst in der persönlichen Begegnung oder in der Auseinandersetzung mit den Positionen des anderen. Auch hier organisiert eine Software einen Prozess, der auf einer ganz anderen Ebene seinen Anfang nimmt.

Drittens schließlich der Mut zum Experiment. Die Piraten haben vieles, was in anderen Parteien selbstverständlich ist, neu ausgehandelt. Dass in solchen Prozessen auch kontroverse Vorschläge aufs Tapet kommen, liegt in der Offenheit des Systems begründet. Die liquide Demokratie verlangt Vertrauen in den Prozess der Antragsdebatte und die anschließende Abstimmung. Eine gut gestaltete Software hilft, indem sie allen Beteiligten den Diskussionsprozess transparent macht und eine Störung der Debatte durch Einzelne eindämmt. Sie unterstützt, ersetzt aber nicht das Erlernen einer demokratischen Debattierkultur.

Soll eine Liquid Democracy die Demokratie demokratisieren, indem sie die Beteiligung an demokratischen Prozessen fördert, dann nicht über die bundesweite Einführung einer Abstimmungssoftware. Flächendeckend muss sich vielmehr der Gedanke durchsetzen, dass jede Bürgerin in ihrem Umfeld Gesellschaft gestalten kann und dass gute Software sie auf dem Weg dorthin unterstützen wird. Im Kleinen lässt sich das bereits in der Schule erproben. Das *aula*-Projekt nutzt eine Abstimmungssoftware, um Schülerinnen verbindlich an der Gestaltung des Schullebens zu beteiligen. Das Wichtigste, so die Initiatorin des Projekts, sei aber nicht die Software, sondern der begleitete Lernprozess. Wenn eine Generation von Schülerinnen in dem Bewusstsein heranwächst, dass sie innerhalb eines demokratischen Systems konkrete Verantwortung für Veränderungen übernehmen kann, dann hat Liquid Democracy bereits einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der demokratischen Systeme geleistet. Ganz ohne digitales Heilsversprechen.

contra: „Liquid Democracy“ trägt nicht zur Demokratisierung der Demokratie bei. Im Gegenteil, dieser Ansatz wirkt zentralen Aspekten demokratischer Politik entgegen. Was bedeutet aber „Demokratisierung der Demokratie“? Und: was ist „Liquid Democracy“?

Eine „Demokratisierung der Demokratie“ wird meiner Ansicht nach dann erreicht, wenn die politischen Strukturen und/oder Prozesse in einer Demokratie dahingehend verändert werden, dass sie der zentralen Idee der Demokratie besser als zuvor entsprechen. Inhalt dieser Idee ist, dass diejenigen, die Gesetzen unterworfen sind, über diese entscheiden sollen. Eine Demokratisierung der Demokratie findet also statt, wenn zuvor lediglich Normunterworfenen zu Normerzeugern werden. Oder, wenn die Effektivität, mit der die Normunterworfenen den Prozess der Normerzeugung beeinflussen können, steigt.

Unter „Liquid Democracy“ verstehe ich einen Sammelbegriff für all jene demokratietheoretischen Ansätze, die es einfachen Bürgern IT-gestützt ermöglichen sollen, zwischen mehreren Möglichkeiten der Beteiligung an der politischen Entscheidungsfindung zu wählen. In einem Modell

liquider Demokratie reichen die Möglichkeiten von der Wahl einer oder eines Abgeordneten für eine Legislaturperiode über die Unterstützung einzelner Abgeordneter in einzelnen Abstimmungen – diesen werden dann die Stimmen der Wählerinnen und Wähler für die Abstimmung eines Gesetzes übertragen – bis hin zur eigenständigen Abstimmung eines Gesetzes durch die einzelne Bürgerin/den einzelnen Bürger mithilfe technischer Geräte. Liquid Democracy könnte auch auf Parteiebene umgesetzt werden, etwa durch das Zuschalten eines Abstimmungsberechtigten in Livestreams auf Parteitagen. James C. Miller entwarf bereits 1969 mit dem Aufsatz „A Programm for Direct and Proxy Voting in the Legislative Process“ den ersten Ansatz einer Liquid Democracy. Heute wird Liquid Democracy im Kontext der Piratenpartei diskutiert oder in Hinblick auf Online-Plattformen zur politischen Beteiligung.

Das Problem der Liquid Democracy ist: Online-Diskussionen führen selten bis nie zu tragfähigen politischen Ergebnissen. Diejenigen, die online gehaltvolle Diskussionen führen, sind zumeist auch in der Lage, dies in einem Partei-Ortsverband zu tun. Für sie ist also durch eine Online-Plattform kaum etwas gewonnen. Diejenigen, die zu solchen Diskussionen nicht bereit sind, werden unabhängig vom Format bestenfalls auf ihrer Meinung beharren, schlechtestenfalls trollen sie die Diskussion. Hiermit ist ebenfalls nichts gewonnen. Warum ist Liquid Democracy aber gar der Demokratie abträglich? Demokratietheoretisch bedeutet der Shift von einer von Parteien und Interessenverbänden organisierten Interessenaggregation nach ideologisch-politischen Leitlinien hin zu einer Interessenaddition den Wegfall des Lernprozesses, der mit dem politischen Streit verbunden ist. Politisch-soziologisch befördern solche Formen der Beteiligung weiter eine politisch-kulturelle Atomisierung, indem immer stärker isoliert Partizipierende sich zwar jede Menge zu sagen haben, aber einander nicht mehr zuhören wollen. Politisch-praktisch schwächen direkte Abstimmung und kollaborativ entstandene Gesetzesentwürfe die für ein Funktionieren der Demokratie essenzielle Fraktionsdisziplin. Es ist gerade der als Entfremdung empfundene Prozess einer Umsetzung von Parteiprogrammen, der demokratischer Politik Konsistenz und Form verleiht. Dort, wo dies durch eine schlichte Umsetzung von Mehrheitswünschen ersetzt wird, droht eine Politik, die innerlich inkonsistent ist und nicht umgesetzt werden kann. Gesetze und Maßnahmen werden dann beschlossen, können aber nicht implementiert werden. Das ist aber keine Demokratisierung der Demokratie. Parteien verzerren nicht den politischen Willen des Volkes, im Zusammenspiel von Konsens und Konflikt schaffen sie diesen erst. Demokratie funktioniert daher parteiförmig, oder sie funktioniert nicht. Ähnlich wie die Vertreter direkter Demokratie stehen die liquiden Demokraten vor der Tragik, dass sie auf die *Volonté Générale* zielen, aber bestenfalls bei der *Volonté de Tous* herauskommen. ■